Morgen-Ausgabe Nr. 174 Mittwoch, 13. April 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 48,44 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgeb.) bei siebenmal wöchentlich. Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf., bei gleichzeitig. Versand d. Abend- u. Morgen-Ausgabe 15 Rpf

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 7; Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Ueberwältigende Mehrheit für Daladier

576 : 5 Stimmen von links bis rechts für das Kabinett

Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten"

Paris, 12. April.

Die neue Regierung Daladier hat ihre erste Schlacht geschlagen. Mit einer überwältigenden, von links bis rechts reichenden Mehrheit von 576 gegen 5 Stimmen hat die Kammer am Dienstagnachmittag dem Kabinett ihr Vertrauen ausgesprochen. Zuvor verlas Ministerpräsident Daladier seine Regierungserklärung, die von den Radikalsozialisten bis zur Rechten mit starkem Beifall aufgenommen wurde. Die Sozialdemokraten und die äußerste Linke übten dabei Zurückhaltung.

Die feste Haltung, die der französische Ministerpräsident seit seiner Beauftragung gezeigt hat, ist nicht ohne nachhaltigen Eindruck geblieben. Obwohl sich bei dieser ersten Vorstellung vor der Kammer, bei der alle Parteien von links bis rechts für die Regierung stimmten, noch keineswegs herausgestellt hat, von welcher Mehrheit sie in Zukunft im Parlament getragen wird, herrschte am Dienstagnachmittag ganz allgemein die Ansicht vor, daß die Amtszeit der Regierung Daladier von größerer Dauer sein wird, als die ihrer kurzlebigen Vorgängerinnen. Eine gefährliche Klippe für die neue Regierung bildet indes die ständig im Anwachsen begriffene Streikbewegung. Man fragt sich, ob es der Regierung gelingen wird, die Unruhewelle, die zuweilen revolutionären Charakter anzunehmen scheint, einzudämmen. Im Augenblick rechnet man damit, daß Daladier, wenn auch der Senat am Mittwoch oder Donnerstag die geforderten finanziellen Vollmachten bewilligt, noch vor den Feiertagen die beiden Häuser des französischen Parlamentes in die Ferien schickt, um dann freie Hand zu bekommen und der Streikbewegung entgegentreten zu können. Hierbei wird den französischen Ministerpräsident nicht nur der Umstand leiten, daß die französischen Rüstungen durch den Metallarbeiterstreik erneut erhebliche Verzögerungen erlitten haben, sondern auch die Tatsache, daß der Streik zum größten Teil das Ergebnis der Agitation skrupelloser ausländischer kommunistischer Agitatoren ist und von einem Teil der französischen Arbeiterschaft sowie von der Angestelltenschaft der bestreikten Fabriken abgelehnt wird.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Roter Mob überfällt Deutsche in Buenos Aires

Während der Treuekundgebung am Sonntag – Der deutsche Botschafter protestiert

Buenos Aires, 12. April.

Während die deutsche Kolonie in Buenos Aires anläßlich der Volksabstimmung in Deutschland zu einer würdigen und disziplinierten Treuekundgebung versammelt war, haben durch die argentinische Presse aufgehetzte Elemente, die vorwiegend aus kommunistischem Mob bestanden, sich zu üblen Angriffen hinreißen lassen. Hierbei ist es wiederholt zur Verunglimpfung der deutschen Flagge, zu körperlichen Belästigungen deutscher Reichsangehöriger und Zertrümmern der Fenster deutscher Geschäfte gekommen. Weitere Ungesetzlichkeiten der kommunistischen Demonstranten konnten nur durch die energisch eingreifende argentinische Polizei verhindert werden.

Wegen Beleidigung der deutschen Flagge und der Angriffe gegen die deutsche Kolonie hat die deutsche Botschaft in Buenos Aires unverzüglich im argentinischen Außenministerium mündlich und schriftlich nachdrücklichst protestiert. Unter Vorbehalt von Schadenersatzforderungen hat die deutsche Botschaft um Einleitung einer Untersuchung, Bestrafung der Täter sowie um Ergreifung von Maßnahmen zur Verhütung der Wiederholung ähnlicher Zwischenfälle ersucht.

Sterbend das Ja für den Führer gegeben

Schwäbisch-Hall, 12. April.

Ein leuchtendes Beispiel treuester Pflichterfüllung gegenüber Führer und Volk gab am Tag der Volksabstimmung der Metallschleifer Karl Vogel aus Unterbünkheim. Der brave Mann lag sterbenskrank im Diakonissenhaus. Als er um 10 Uhr morgens sein Ende herannahen fühlte, bat er die diensthabende Krankenschwester, man möge ihn noch, bevor er sterbe, seine Stimme abgeben lassen. Die Wahlkommission des Krankenhauses begab sich daraufhin sofort an das Lager des Sterbenden, der dann unter Aufbietung seiner letzten Kraft durch sein Ja dem Führer Treue bis zum Tode bekundete. Zehn Minuten später war der wackere Schwabe tot.

Allgemeine Versammlungsruhe bis zum 29. April

Anordnung des Reichspropagandaleiters Dr. Goebbels – Ausnahmen nur für den 20. April

Berlin, 12. April.

Der Reichspropagandaleiter der NSDAP, Dr. Goebbels, gibt bekannt:

Die gewaltigste Wahlschlacht des nationalsozialistischen Deutschlands ist geschlagen. In Einheit und Geschlossenheit hat sich das ganze deutsche Volk hinter seinen Führer gestellt und ihm einen einzigartigen Beweis seines Vertrauens gegeben. Wochenlang rollte Versammlungswelle über Versammlungswelle durch die deutschen Gaue. Von Rednern, Politischen Leitern, Parteigenossen und Parteigenossinnen wurde das Letzte an Einsatzbereitschaft verlangt und gegeben. Abend für Abend füllte das deutsche Volk die Versammlungsräume, seien es die Riesenhallen der Großstädte oder die kleinen Zimmer des Dorfkruges. Wenn auch nach der siegreichen Schlacht, die das deutsche Volk in seiner Gesamtheit geschlagen hat, die Arbeit fortgesetzt werden muß, so soll doch vor neuem Einsatz eine allgemeine Versammlungspause Erholungs- und Ruhezeit zum Sammeln neuer Kräfte geben.

Aus diesem Grunde ordne ich hiermit eine allgemeine Versammlungsruhe für die Partei und ihre sämtlichen Gliederungen einschließlich der Deutschen Arbeitsfront bis zum 29. April an. Unter die angeordnete Versammlungsruhe fallen insbesondere alle öffentlichen Kundgebungen und Versammlungen. Ausgenommen sind lediglich Feiern anläßlich des Geburtstages des Führers. Von der Versammlungsruhe nicht berührt werden Versammlungen der Abteilung Film und des Amtes „Kraft durch Freude".

Der Führer dankt für die Glückwünsche

Berlin, 12. April.

Anläßlich der Volksabstimmung des vergangenen Sonntags sind dem Führer und Reichskanzler aus dem ganzen Deutschen Reich und von deutschen Männern und Frauen jenseits unserer Grenze viele Hunderte von Telegrammen und Schreiben zugegangen, in denen die jubelnde Freude über dieses Ergebnis und das Gefühl stolzer Verbundenheit mit dem Reich der Deutschen und seinem Führer zum Ausdruck kommen. Ebenso haben zahlreiche Ausländer dem Führer ihre Genugtuung über dieses Ergebnis und ihre Glückwünsche zu diesem Treuebekenntnis übermittelt. Der Führer, dem es nicht möglich ist, diese vielen Kundgebungen einzeln zu beantworten, läßt daher allen Volksgenossen, die seiner in treuer Anhänglichkeit gedacht haben, auf diesem Wege aufs herzlichste danken.

•

Der ungarische Ministerpräsident v. Daranyi hat dem Führer und Reichskanzler das nachstehende Telegramm übersandt: „Aus Anlaß des überwältigenden einstimmigen Ergebnisses der deutschen Volksabstimmung drängt es mich, Euerer Exzellenz meine aufrichtigsten und wärmsten Glückwünsche auszudrücken."

Der Führer hat dem ungarischen Ministerpräsidenten telegraphisch seinen Dank für die freundschaftlichen Glückwünsche zum Ausdruck gebracht.

Reiseverkehr nach Oesterreich völlig frei

Berlin, 12. April.

Der Reichswirtschaftsminister hat im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Reichsausschusses für Fremdenverkehr sämtliche noch bestehenden Beschränkungen für die Mitnahme von Zahlungsmitteln im Reiseverkehr zwischen dem bisherigen Reichsgebiet und dem Lande Oesterreich mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Die Mitnahme von Zahlungsmitteln für Reisezwecke, die bislang noch auf einen Monatsbetrag von 300 Reichsmark beschränkt war, ist nunmehr in beiden Richtungen in beliebiger Höhe über die bisherige deutsch-österreichische Grenze zulässig.

Der Ausgleich Rom-London

Entweder noch kurz vor Ostern oder gleich nach dem Feste wird voraussichtlich ein neues wichtiges Ereignis der europäischen Politik Tatsache werden: Die Entspannungsverhandlungen zwischen London und Rom sind so weit gediehen, daß sie unmittelbar vor dem Abschluß stehen. Die europäische Befriedung macht Fortschritte. Im Laufe der letzten Jahre, das darf man mit Genugtuung feststellen, sind eine ganze Reihe von Steinen des Anstoßes aus dem Wege geräumt worden. Das deutsch-polnische Uebereinkommen gehört hierher, die Freundschaftsverträge Jugoslawiens mit den Balkanstaaten und mit Italien, die glückliche Bereinigung der österreichischen Frage. Jetzt soll das nächste Stück der Konsolidierung unseres Kontinents im englisch-italienischen Ausgleich bestehen. Von beiden Seiten, von italienischer wie von britischer, sind die Verhandlungen in letzter Zeit schnell und mit gutem Willen vorwärtsgetrieben worden. Die Diplomaten haben sogar zeitweilig Nachtarbeit geleistet, um zu einer rascheren Klärung von Sonderbelangen durchzustoßen. Zwischen dem italienischen Außenminister Graf Ciano und dem englischen Botschafter Lord Perth haben mehr als ein Dutzend unmittelbare Besprechungen stattgefunden. War das Mittelmeer seit dem Ausbruch des Abessinienkonfliktes eine Wetterzone, über der sich mehr als einmal die Wolken bedrohlich zusammenballten, so scheint jetzt die Zeit gekommen, das Morgenrot des Mittelmeerfriedens über dem Horizont emporsteigen zu lassen. Viel Zeit freilich mußte erst verstreichen, ehe die wechselseitigen Interessen reif waren für eine abwägend ausgleichende Behandlung, ohne daß politische Gefühle und Stimmungen die sachlichen Lösungen stören oder gar gefährden konnten. Als vor eineinviertel Jahren schon einmal versucht wurde, die schwebenden Fragen zu bereinigen, war die öffentliche Meinung Englands noch zu voreingenommen gegenüber Italien; und nicht nur bei der Labour Party, sondern bis weit in die konservativen Kreise hinein galt der Faschismus in England als eine Angelegenheit, von der man kaum sprechen konnte, ohne sich zu bekreuzigen. Die englischen Gemüter mußten erst verdauen, daß der Faschismus Abessinien geschluckt hatte. London mußte sich erst damit abfinden, daß ein Volk ohne Raum wie das italienische sich sein Lebensrecht genommen hatte, und nicht anders vorgegangen war, als Großbritannien einst bei der Begründung seines Imperiums auch. So weit war man aber Anfang 1937 noch nicht, und deshalb war das Gentlemen's Agreement vom 2. Januar 1937 dazu verurteilt, eine papierene Urkunde ohne praktische Folgerungen zu bleiben.

Etwas anderes kam noch hinzu. In englischen Augen stand damals die Lage in Spanien längst nicht so eindeutig zugunsten Francos. Eden und das Foreign Office hofften, ein Sieg der roten Machthaber in Madrid werde sich ermöglichen lassen. Die Engländer trauten auch den Italienern nicht. Genau so wie man in London den Abessinienkonflikt mit dem Ausmalen von Gefahren für Aegypten und den Sudan begleitet hatte, argwöhnte man, Italien beabsichtige, sich die Waffenhilfe für Franco mit gebietsmäßigen Zugeständnissen am westlichen Ausgang des Mittelmeeres bezahlen zu lassen. Italien allerdings wies von Anfang an derartige Unterstellungen zurück. „Ich würde sehr wenig Achtung vor einem Manne haben, der auch nur ein Stückchen seines Gebietes einer fremden Nation abtreten würde", erklärte schon vor Jahr und Tag Mussolini einem englischen Journalisten mit Bezug auf General Franco. Vor kurzem stand in der „Gazzetta del Popolo" eine einprägsame Formulierung. Dort wurde in schwungvoller Vorschau vorweggenommen, wie der Krieg in Spanien ausklingen würde, und schon von dem denkwürdigen Tage gesprochen, an dem die italienischen Legionäre zur Heimfahrt an Bord ihrer Schiffe gehen: „Nur mit dem Gepäck ihrer Waffen und mit dem einzigen Gewinn ihrer heroischen Erinnerungen." Tatsächlich haben die italienischen Freiwilligen ihre Blutopfer nicht gebracht, um irgendeine Insel im Mittelmeer oder andere territoriale Zugeständnisse einzuhandeln, sondern sie wollten dazu beitragen, zu verhindern, daß der Bolschewismus für die Revolutionierung Europas auf der Pyrenäenhalbinsel eine Plattform gewann. Ferner mußte es naturgemäß das Ziel der italienischen Politik sein, zu verhindern, daß ein von Frankreich und England kommandiertes Volksfrontspanien aus dem Bürgerkrieg hervorginge. Ein solches Ergebnis hätte die Machtverhältnisse im Mittelmeer unerträglich zuungunsten Italiens verschoben. So fechten die tapferen Soldaten Italiens, die trotz ihrer inzwischen wesentlich verminderten Stärke auch am Erfolge der jüngsten Offensive Francos ihren vollen Anteil haben, tatsächlich für die Freiheit Spaniens. Seitdem sich dort der Endsieg unwiderruflich der nationalen Sache zuneigt, hat denn auch die Frage der Freiwilligen an Schärfe verloren, und sie wird mit dem Ende der Kämpfe ihre natürliche Erledigung finden.

Im neuen englisch-italienischen Abkommen spielt die Forderung der Zurückziehung der Legionäre keine ausschlaggebende Rolle mehr. Dieses Vertragswerk, das nunmehr unterzeichnet werden und zu einem von London und Rom